

## **Beschluss des Landrats vom 26.09.2019**

Nr. 121

### **14. Mehr Grün am Bau** 2019/210; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme.

**Urs Schneider** (SVP) meint, das Postulat «Förderung von Grünfassaden und Dächern» bringe viele Vorteile mit sich. Die Nachteile sind jedoch nicht erwähnt. Man denke an begrünte Flachdächer: Stehendes Wasser, Bewurzelung usw. können dazu führen, dass das Dach früher saniert werden muss. Dasselbe gilt für die Fassade: Beispielsweise kann die Isolation Schaden nehmen. Es soll nun aber nicht näher auf Vor- und Nachteile eingegangen werden.

Möchte man so etwas machen, besteht bereits jetzt die Möglichkeit, sich zu informieren und Vor- und Nachteile abzuwägen. Es ist zudem Sache der Gemeinden, diese Aufgabe wahrzunehmen – mittels Quartierplänen und Baubewilligungen können sie Einfluss nehmen. Die SVP-Fraktion wird das Postulat ablehnen.

**Thomas Eugster** (FDP) berichtet, die FDP-Fraktion könne dem grundlegenden Anliegen zustimmen, sehe aber keine Notwendigkeit für einen Vorstoss. Zum einen befindet sich vieles im Einflussbereich der Gemeinden. Quartierpläne machen die Gemeinde und nicht der Kanton. Liest man die Hauseigentümerzeitung, merkt man, dass das Thema sehr präsent ist. Durchführen müssen die Leute dies natürlich selbst. Die Informationen sind vorhanden. Ein Postulat braucht es nicht auch noch.

**Erika Eichenberger Bühler** (Grüne) gesteht ein, dass es sich nicht um ein Postulat handle, das zu Handlungen oder neuen Gesetzesvorlagen führen werde. Es geht lediglich darum, die Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren. Selbst stiess die Rednerin in Zürich auf mehr Grün am Bau. In Zürich publizierte die Stadtgärtnerei eine grosse Broschüre «Grün am Bau» und organisierte verschiedene Ausstellungen an Orten, die sich für dieses Thema eignen. So konnte die Bevölkerung auf den neuesten Stand der Technik und der Wissenschaft gebracht werden. Das wäre auch hier der Sinn der Sache. Kürzlich war die Votantin auf dem Aussichtsturm und schaute auf Liestal hinab. Noch immer liegen riesige Flächen brach. Die Hausbesitzerinnen und -besitzer müssten motiviert werden, die Begrünung zu versuchen, um die Vorteile nutzen zu können. In diesem Sinne bittet die Rednerin um Überweisung des Postulats.

**Thomas Noack** (SP) gibt bekannt, dass die SP-Fraktion die Überweisung unterstütze, da es sich um ein wichtiges Thema in Bezug auf die Hitzeentwicklung in den Städten handle. Das Thema ist wohl bekannt; wenn man sich aber umschaue, sieht man im Kanton sehr wenige gute Beispiele von begrünten Fassaden. Man könnte also mehr machen. Die Motivation, die Begrünung zu verbreiten, ist zu unterstützen.

**Rahel Bänziger** (Grüne) hörte von der SVP, dass es Probleme bei Flachdächern gebe. Die Rednerin hörte einen Witz von Bauführern: Es gibt nur Flachdächer, die *noch nicht* rinnen. Das Postulat ist genau zu lesen: Mehr Grün am Bau wird verlangt. Das Postulat aufgrund der Flachdächer abzulehnen, wäre eine schlechte Entschuldigung. Es ist schön, wenn sich der Hauseigentümerverband für Begrünungen einsetzt, aber nicht jeder ist Mitglied des HEV und erhält diese Informationen. Deshalb ist es sehr wohl am Kanton, mehr Informationen und Motivation zu verbreiten.

Mehr Grün am Bau fördert nicht nur die Qualität der Luft, sondern trägt auch zur Hitzereduktion bei. Wieso braucht es den Vorstoss? Angesichts der Klimakatastrophe ist man froh um jeden Gedankenanstoss, der diese Gefahr abwehren könnte. Dieses Postulat ist einer davon.

**Franz Meyer** (CVP) macht es kurz: Die CVP/glp-Fraktion unterstützt den Vorstoss einstimmig.

**Thomas Eugster** (FDP) ist weiterhin der Ansicht, der Vorstoss sei Wasser in den Rhein getragen. Auf dem Aussichtsturm hat Erika Eichenberger sicherlich auch das Haus des Redners gesehen. Er wohnt in einem Neubaugebiet. Kein einziges Flachdach ist nicht begrünt. Einige haben zusätzliche noch Solarpanels. Es wird also bereits gemacht. Allein deshalb ist das Postulat überflüssig.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, der Regierungsrat nehme das Postulat im Glauben entgegen, hier eine Dienstleistung erbringen zu können. Diese muss dann nicht 86 Mal erbracht werden, sondern nur einmal. Der Kanton steht auch den Gemeinden als Unterstützung gerne zur Verfügung.

://: Mit 52:30 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

---